

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Rainer Funke, Birgit Homburger, Horst Friedrich (Bayreuth), Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt am Main), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Forschungsstandort Deutschland stärken – Zukunftsprojekt „TESLA“ nicht gefährden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das beim Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg entwickelte Zukunftsprojekt TESLA, soll der Grundlagenforschung weit reichende Perspektiven beim Erkenntnisgewinn über die kleinsten Materiebausteine eröffnen.

Bereits heute beteiligt sich eine große Zahl interessierter deutscher und internationaler Forschungsinstitutionen an der Entwicklung des TeV-Energy Superconducting Linear Accelerator (TESLA), einem supraleitenden linearen Beschleuniger für Tera-Elektronenvolt-Energien.

Das vielseitig einsetzbare Großforschungsgerät TESLA soll bereits im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts den verschiedenen Forschungsdisziplinen die Möglichkeit eröffnen, völliges Neuland bei der Untersuchung der Entstehung und des Aufbaus der Materie sowie bei der Untersuchung komplexer Moleküle und Lebensvorgängen zu betreten.

Für das TESLA-Projekt muss ein 33 km langer gerader Tunnel, der nur der Erdkrümmung folgt, gebaut werden. Er soll seinen Anfang auf dem Gelände von DESY in Hamburg-Bahrenfeld nehmen und, in 10 bis 30 Meter Tiefe, unter 15 Gemeinden und Städten des Kreises Pinneberg verlaufend, auf einem neuen DESY-Gelände in Westernhorn enden.

In der Tunnelröhre sollen zwei jeweils 15 km lange Beschleuniger aufgebaut werden, die gegeneinander gerichtet sind. Zur Untersuchung der Teilchenkollision muss in Ellerhoop ein unterirdisches Forschungsgebäude errichtet werden. Da die Beschleuniger aus supraleitender Technik bestehen, müssen sie bei

2 Kelvin betrieben werden (–271 Grad Celsius). Das erfordert den Bau von sieben Kälteanlagen entlang der Trasse.

Den Willen zum Bau des Großforschungsgeräts TESLA hat Deutschland mit der Ausstellung „Licht der Zukunft“ im Rahmen der Weltausstellung „EXPO 2000“ als „Weltweites Projekt“ bekundet.

Unmittelbar nach der „EXPO“ wird die Ausstellungshalle mit einem Röntgen-Laser ausgestattet, der dann als Experimentiergerät ab 2003 den Forschern zu Verfügung steht.

Auf Grund der beim Bau der Pilotanlagen gewonnenen Erfahrungen soll eine detaillierte Projektbeschreibung für den TESLA-Komplex erstellt werden.

Diese wird die Grundlage für die Begutachtung des Projektes durch den Wissenschaftsrat bilden.

Bereits am 19. März 1998 wurden vom Senator für Stadtentwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Innenminister des Landes Schleswig-Holstein ein Staatsvertrag unterzeichnet, der die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau und Betrieb der neuen DESY-Forschungsanlage „TESLA“ schafft.

Als Planfeststellungs- und Anhörungsbehörde für beide vertragsschließende Bundesländer wurde von den Wirtschaftsministerien der beiden Bundesländer, als oberste Bergbehörden, das Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld, als obere Bergbehörde, eingesetzt.

Am 25. März 1999 fand auf Einladung des Oberbergamtes Clausthal-Zellerfeld bei DESY in Hamburg ein Scoping-Termin zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens nach Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPg) für das TESLA-Projekt statt, der dem Ziel dient, bereits schon im Vorwege alle erforderlichen Gutachten zu veranlassen.

In das Verfahren wurden 51 Träger öffentlicher Belange zur Abwägung einbezogen, darunter u. a. die Bürgermeister und Amtsvorsteher der 15 von den Baumaßnahmen (Tunnel und Hallen) betroffenen Gemeinden im Kreis Pinneberg, die Umweltbehörde in Hamburg, das Umweltministerium von Schleswig-Holstein, der Fachdienst Umwelt des Kreises Pinneberg, die Energie- und Wasserversorger und die Naturschutz- und Umweltverbände.

Die detaillierte Entwurfsplanung muss zum Planfeststellungsverfahren Anfang 2002 vorliegen, damit einer Genehmigung des Projekts im Jahre 2003 nichts im Wege steht.

Nur so kann im Jahre 2003 zügig mit dem Bau des Tunnels und der Hallen begonnen werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. TESLA muss als ein internationales Kompetenzzentrum (Center of Excellence) der Physik in Deutschland gegründet und betrieben werden. Es gilt bereits heute als gesichert, dass das TESLA-Konzept anderen, mit ähnlichen Zielen, überlegen ist und sich durchsetzen wird.
2. Die Bundesregierung wird alles in ihrer Kraft stehende tun, um eine geeignete Organisationsform für ein internationales Gemeinschaftsprojekt auf Zeit zu schaffen. TESLA soll als eigenständige Institution, die von deutscher Seite auf die Infrastruktur von DESY zurückgreift, von den Institutionen der Partnerländer aufgebaut und betrieben werden.

3. Dabei sollen alle Gesellschafter des Gesamtprojekts auch für die Gesamtanlage mitverantwortlich sein.
4. Die Bundesregierung sieht es als nicht realistisch an, das Forschungsprojekt TESLA allein aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland und der beiden beteiligten Bundesländer zu finanzieren. Die Bundesregierung unterbreitet den Forschungsministern der Europäischen Union den Vorschlag, das Projekt TESLA in das 6. Europäische Rahmenprogramm mit aufzunehmen.
5. Die Bundesregierung strebt einen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Sitzländern aller beteiligten Forschungsinstitute an, in dem sich die vertragschließenden Seiten verpflichten, das Projekt in den ersten 25 Jahren zu tragen. Deutschland wird dabei seiner besonderen Rolle als Sitzland mit einem angemessenen Beitrag gerecht werden.
6. Die Bundesregierung strebt an, TESLA bereits im Jahre 2010 in Betrieb zu nehmen. Dabei sind schon heute alle notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Inbetriebnahme zu ergreifen.

Berlin, den 14. November 2000

Ulrike Flach
Cornelia Pieper
Rainer Funke
Birgit Homburger
Horst Friedrich (Bayreuth)
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Paul K. Friedhoff
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt am Main)
Detlef Parr
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

